

An den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses
Herrn Jörg van Geffen

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50
fax 0221. 221 246 57
mail fraktion@koelnspd.de
web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 03.12.2018

AN/1766/2018

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	06.12.2018

Aktivitäten im Kontext des anstehenden Brexit

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Austrittsverhandlungen, die die britische Premierministerin Ende März 2017 formal eingeleitet hat, müssen nach spätestens zwei Jahren abgeschlossen sein. Damit wird Großbritannien die EU in rund vier Monaten am 29. März 2019 verlassen.

Mit Blick auf die sich hieraus ergebenden Chancen und Herausforderungen hat der Rat die Verwaltung am 22.09.2016 beauftragt, die von der damaligen Wirtschaftsdezernentin initiierten Aktivitäten in einer Projektgruppe „Brexit“ zu bündeln. Mit dem Ziel, am Standortwechsel interessierte Branchen, Unternehmen und auch Institutionen für eine Ansiedlung in Köln zu gewinnen, sollte die Verwaltung dem Wirtschaftsausschuss einen Handlungskatalog vorlegen, der die in der Mitteilung 2602/2016 an den Wirtschaftsausschuss dargestellten Maßnahmen weiter ausbaut.

Die SPD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo ist die Projektgruppe „Brexit“ konkret angebunden und wieviele Mitarbeitende sind dort aktuell damit befasst, den Standort Köln in Großbritannien aktiv zu bewerben?
2. Warum wurde dem Wirtschaftsausschuss nicht, wie vom Rat beschlossen, ein Handlungskatalog zu Strategien und Maßnahmen im Kontext des anstehenden Brexit vorgelegt?

3. Im Juni 2017 berichtete die Verwaltung über ein Expertengespräch, das die Stadt gemeinsam mit der IHK und Vertretern der Versicherungsbranche in London durchgeführt hat (1906/2017). Angekündigt wurden „weitere Maßnahmen in London und Köln“, die in Vorbereitung seien. Welche konkreten Maßnahmen wurden seitdem umgesetzt? Die Verwaltung wird insbesondere auch um Darstellung zu den gezielten Firmenansprachen, zu durchgeführten Veranstaltungen und Teilnahmen an Messen und Veranstaltungen in Großbritannien sowie zu Anzeigenkampagnen gebeten. Wurden die im Ratsbeschluss angesprochene Internetplattform oder sonstige zusätzliche Kommunikationskanäle wie z.B. die Einrichtung einer Hotline mit englischer Nummer für ansiedlungswillige Unternehmen realisiert?
4. Ist es der Oberbürgermeisterin gelungen, verbindliche Vereinbarungen mit der NRW-Landesregierung zu verabreden, um zu erreichen, dass Ministerien und Behörden des Landes die größte Stadt Nordrhein-Westfalens bei der Ansiedlung von Unternehmen und Institutionen tatkräftig unterstützen (vgl. Ratsbeschluss vom 22.09.2016)? Wie gestaltet sich die Unterstützung des Landes für Köln konkret? Gibt es einen regelmäßigen Austausch zur Thematik zwischen Landesregierung und Kommunen bzw. Regierungsbezirken, wie dies beispielsweise in Niedersachsen praktiziert wird? In welcher Form hat die Oberbürgermeisterin der Erwartungshaltung an die Landesregierung Ausdruck verliehen, von dort über aktuelle Entwicklungen zum Brexit laufend informiert und bei Strategien und Maßnahmen zur bestmöglichen Positionierung Kölns unterstützt zu werden? Welche Unterstützung für Köln gibt es seitens des Brexit-Beauftragten Friedrich Merz, der seit Anfang 2018 gemeinsam mit NRW.INVEST die Aufgabe hat, britische Arbeitsplätze für NRW zu gewinnen.
5. Welche Bilanz zieht die Verwaltung aus den bisherigen Aktivitäten im Kontext des Brexit? Wie viele Unternehmen und Institutionen konnten für eine Ansiedlung in Köln gewonnen werden? Wie viele Arbeitsplätze werden hierdurch nach Köln verlagert bzw. neu entstehen?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin